

lungen entwickeln, wie in der gegenwärtigen Situation weiter zu verfahren ist. Wir fangen mit Frau Simon an. Bitte sehr.

Annette Simon: Ich habe ganz kurz thesenhaft etwas zusammengefaßt, was ich als Psychotherapeutin im Moment sehe. Die Teilung Deutschlands war ein Ergebnis des von Deutschland angefangenen Zweiten Weltkrieges und ihr langes Weiterbestehen auch ein Resultat des sich anschließenden Kalten Krieges. Beide Teile hatten sich mit dem Erbe, mit der Schuld des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Die Geschichte wurde in beiden Teilen verschieden interpretiert und das Böse auf den jeweiligen anderen Teil projiziert. Diese Projektionen wurde durch die Teilung der Welt in zwei feindliche Lager noch verschärft und zugespitzt. Die Propaganda beider Seiten und die damit verbundenen Projektionen wirken bis heute weiter und erschweren die realistische Wahrnehmung voneinander. Daß die Propaganda der Ostseite dabei wesentlich dümmer, penetranter und undifferenzierter bis zum Schluß war, heißt nicht, daß sie nicht trotzdem gewirkt hat. Beide Seiten sahen sich in diesen Zerrbildern als Feindesland, die Bewohner des anderen Teils zum Teil auch als Feinde. In der DDR wurde diese Spaltung vorgenommen, da waren die bösen Klassengegner und auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, die unsere Klassenbrüder wären. Eine ähnliche Spaltung findet man in dem Versuch zu sagen, die Machthabenden in Pankow und Wandlitz, und die anderen sind unsere Schwestern und Brüder. Das sind natürlich Schablonen, wie wir vorhin ja auch in den Schulbüchern gehört haben. Man muß aber nicht denken, daß solche Schablonen, obwohl wir sie lange ironisiert und belacht haben, nicht wirken. Es gibt eben, wie wir aus der Psychoanalyse wissen, das Unbewußte, und das Unbewußte ist das, was wir nicht immer bewußt wahrnehmen, was aber weiterwirkt, und auch besonders, wenn Verunsicherungen auftreten, greift man wieder zu solchen Schablonen.

Mit dem Untergang der DDR ging für deren Bürger und Bürgerinnen auch Identität verloren. Wie auch immer hatten sich alle, die dort blieben, für die DDR angemessen verhalten müssen. Sie forderte eine Loyalität, die im Extrem mit dem Tod an der Mauer endete, wollte man sie verlassen. Für manche ging mit dem Untergang der DDR eine sozialistische Idee, eine Utopie, für andere eine gesicherte Gesellschaft und für wieder andere eine erlittene Gängelung und Unterdrückung vorbei. Mit diesem Verlust müssen Menschen erst einmal fertigwerden, übrigens auch mit dem Verlust des immer verachteten Gegners. Die sich nun neu bildenden Vorurteile von West und Ost dienen eigentlich zur Stabilisierung einer alten Gruppenidentität, übrigens auf beiden Seiten. In der Verunsicherung greift man zu neuen und alten Stereotypen. Auch die Bundesrepublik ist nicht mehr, was sie war, das ist ein allgemeiner pauschaler Satz. In der DDR gab es natürlich viel mehr Verunsicherung durch die Vereinigung, und trotzdem, denke ich, ist die Verunsicherung auf beiden Seiten da. Das Schlagwort von der Ostalgie beschreibt meiner Meinung nach etwas, was nur der Bewahrung einer alten Identität dient. Ich sehe aber auch im Westen so etwas wie Nestalgie, die Angst, daß das schön gebaute Nest durch die Neuen zerrupft und verdreckt wird und es verarmen könnte.

Es ginge darum, jetzt eine gemeinsame Identität zu finden oder zu schaffen. Das ist nach 40 Jahren verschiedener Entwicklungen sehr schwer und wahrscheinlich auch in der Schwierigkeit unterschätzt worden. Im Grunde stehen sich im Psychischen meiner Meinung nach zwei verschiedene Kulturen gegenüber, die zwar die gleiche Sprache sprechen, was uns immer eine bestimmte Gleichheit vortäuscht, aber das Wahrnehmen der wirklich gewachsenen Unterschiede erschwert. Vielleicht, Wolf Wagner beschreibt es in seinem Buch „Kulturschock Deutschlands“ recht gut, daß es eine Möglichkeit wäre, wenn man sich wirklich als verschieden begreifen würde, daß man dann sich der anderen Kultur mit mehr Neugier und weniger Werturteilen nähern könnte. Vielleicht könnte dabei auch helfen sich klarzumachen, daß es nicht unbedingt das Verdienst der Westdeutschen war oder ihre angeborene Überlegenheit, daß sie eine andere Besatzungsmacht hatten als die Ostdeutschen.

Es gab im Vereinigungsprozess sowohl sozial als auch ökonomisch große Ungleichgewichte, die die alte DDR selbst mitverschuldet hat, die aber vielen einzelnen das Gefühl geben, daß eine Siegerkultur ihr Land erobere. Man hört dann solche Sprüche wie, der Fuchs ist schlau und stellt sich dumm, beim Wessi ist es andersrum. Bei der Schaffung einer gemeinsamen Identität gibt es meiner Meinung nach verschiedene Möglichkeiten und Bestimmungsstücke. Eine Möglichkeit wäre, sich auf die Vergangenheit zu beziehen. Die jüngste Vergangenheit vor der Teilung war aber der Nationalsozialismus, mit ihm ist eine positive Identifikation nicht möglich. Deswegen könnte man sich gemeinsam auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus beziehen. Wir wissen aber alle, daß das keine Massenbewegung war und es nur wenige waren, die den Widerstand aufbrachten. Es wäre aber eine Möglichkeit, sich zum Beispiel auch auf den Widerstand und die Opposition in der DDR zu beziehen, die es ja in weit größerem Maße gab, als sie wahrgenommen wurden. Ich verweise nur auf das Buch von Mitter und Wolle „Untergang auf Raten“. Eine andere Möglichkeit zur Schaffung von Identität wäre gewesen, sich gemeinsame neue Symbole zu schaffen. Ich denke, daß da im Vereinigungsprozess einiges versäumt worden ist. Es wäre gut gewesen, eine neue Nationalhymne zu finden, eine neue Verfassung sich zu geben und mit der neuen Hauptstadt möglichst bald diese auch als solche zu nutzen.

Was psychologisch auch sehr wenig gut ist, ist diese Umbenennung aller Straßen. Dadurch bekommen die Leute das Gefühl, ihnen wird die Identität genommen. Der Kampf um den Palast der Republik oder der Kampf um das Ampelmännchen sind in ihrer Lächerlichkeit relativ ernstzunehmen, weil es ein Kampf um alte kulturelle Identität ist. Identität braucht jemand, weil er sein Selbstbild und seine Selbstachtung stabilisieren möchte. Wir müssen uns immer wieder klarmachen, daß im Osten viel Selbstachtung und Selbststabilisierung verlorengegangen ist, und zwar besonders in der älteren Generation. Ich denke, diejenigen, die zum Vereinigungszeitpunkt über 45 Jahre alt waren, haben das Gefühl bekommen, ihr ganzes Leben sei in Frage gestellt, zum Teil völlig zu recht, wie ich es sehe. Aber diese sehen es natürlich nicht so. Gerade

in dieser älteren Generation finden wir so verkrustete Stereotypen, während es in der jüngeren Generation, meiner Meinung nach, weniger der Fall ist.

Die andere Frage wäre, was können wir noch machen, um neue Identifikation zu setzen. Da ginge es um Gegenwart und Zukunft. Wie werden die DDR-Bürger in die Gestaltung von beiden einbezogen? Es ist zu einem Wechsel der Machteliten gekommen. Meiner Meinung nach auch zurecht. Aber trotzdem empfinden viele ihre neuen Westchefs nicht unbedingt als identitätsschaffend. Die Frage wäre auch, warum nicht viele Oppositionelle der alten DDR in Führungspositionen gekommen sind. Ich sehe da einen beiderseitigen Prozess. Einmal haben diese sich oft der Macht verweigert, noch aus einer alten Identität heraus, aus der DDR, daß man keine Machtposition einzunehmen habe, und andererseits gab es von der anderen Seite auch einen Ausschluß gerade dieser Leute von der Macht. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank, Frau Simon, die uns schon mit ihrem Beitrag in die Probleme hineingeführt hat. Es folgt Heinrich August Winkler.

Prof. Dr. Heinrich August Winkler: Meine Damen und Herren, das wiedervereinigte Deutschland ist auch heute noch in vieler Hinsicht ein gespaltenes Land. Daß es ein Land mit zwei politischen Teilkulturen ist, das zeigen uns immer wieder die Wahlergebnisse aus den alten und den neuen Ländern. Weniger ins öffentliche Bewußtsein gedrungen ist eine damit eng zusammenhängende Spaltung, die auf die gegenseitige Sicht der Deutschen in Ost und West einwirkt: ein höchst unterschiedliches Bild nicht nur der Geschichte des geteilten Deutschland, davon war heute nachmittag schon die Rede, sondern auch der gemeinsamen deutschen Geschichte vor 1945.

Ein zentrales Problem ist hierbei das Verhältnis von Demokratie und Diktatur. Gerade im Hinblick auf dieses Thema läßt sich ein kräftiges Weiterwirken von Stereotypen beobachten. Dabei gibt es ein leicht erklärliches Ost-West-Gefälle. Wenn es so etwas wie ein „Geschichtsbild West“ gibt, ist es ein kontroverses Produkt kontroverser Debatten, wie es dem Charakter einer pluralistischen Gesellschaft entspricht. Soweit wir verkürzend von einem „Geschichtsbild Ost“ sprechen können, schlägt sich darin auch heute noch die Tatsache nieder, daß es in der DDR bis 1989 ein Geschichtsdeutungsmonopol einer Partei, der SED, gab. Den Wirkungen dieses Monopols sich ganz zu entziehen, war wohl kaum möglich. Folglich ist es auch nicht erstaunlich, daß von diesen Wirkungen einiges fort dauert. Die Straßenumbenennungen wären dafür ein sehr sprechendes Beispiel, wobei die Debatten, die kontroversen, manchmal mindestens ebenso wichtig erschienen wie die Umbenennungen selbst. Ich füge hinzu: Über Dimitroff und Pieck mußte man nun wirklich streiten, und man konnte auch über Clara Zetkin streiten. Aber das ist nur ein Stichwort für die Diskussion.

Um meine Behauptung zu illustrieren, daß wir es in Deutschland mit zwei Geschichtskulturen nach wie vor zu tun haben, nenne ich das Stichwort der Weimarer Erfahrungen. In der alten Bundesrepublik verbindet man damit die Erinnerung an die Krisen und das Scheitern der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Daran fügt sich eine zweite Erinnerung, die an den erfolgreichen Versuch des Parlamentarischen Rats in den Jahren 1948/49, aus dem Scheitern der Weimarer Republik zu lernen und im zweiten historischen Anlauf, der nicht erkämpft wurde, sondern den wir einer Chance verdanken, die uns durch den glücklichen Zufall anderer Besatzungsmächte als im Osten gegeben wurde, eine wertgebundene, funktionstüchtige, repräsentative westliche Demokratie aufzubauen.

Das Weimar-Bild der SED war bekanntlich ein radikal anderes, nämlich im wesentlichen das ihrer Vorgängerin, der KPD. In letzter Instanz ist die erste Republik demnach am Klassenverrat der Sozialdemokraten gescheitert. Hitler wäre dieser Deutung zufolge nicht an die Macht gelangt, wenn sich Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer antifaschistischen Einheitsfront zusammengeschlossen hätten. Die richtigen Lehren aus Weimar habe die DDR gezogen: Das blieb bis zuletzt die Doktrin der SED.

Die politische Aktualität beider Sichtweisen liegt auf der Hand. Der Lesart „West“ entspricht das Postulat von der „Solidarität der Demokraten“. Der Lesart „Ost“, wenn ich die von der SED geprägte Geschichtsinterpretation vergrößernd so nennen darf, der Aufruf zur „Einheit der Linken“. Tatsächlich hätte es die erste deutsche Republik überhaupt nicht gegeben, wenn die Linke einig geblieben wäre. Die parlamentarische Demokratie beruhte auf der Bereitschaft der gemäßigten Kräfte in der Arbeiterbewegung und im Bürgertum, miteinander zusammenzuarbeiten. Die auf das Dogma vom Klassenkampf eingeschworene marxistische Vorkriegssozialdemokratie war, so gesehen, noch nicht demokratiefähig. Oder, um die These noch mehr zuzuspitzen: Die Spaltung der marxistischen Arbeiterbewegung war, so paradox das klingt, Vorbelastung und Vorbereitung der ersten deutschen Demokratie in einem.

Nicht nur im Hinblick auf die erste deutsche Demokratie können wir auf Schritt und Tritt bis heute anhaltende Wirkungen von historischen Stereotypen feststellen. Wenn wir uns den beiden deutschen Diktaturen zuwenden, ist der Befund derselbe. Das wird deutlich, sobald wir vor „Diktatur“ das Adjektiv „totalitär“ setzen. Würde die Verwendung dieses Begriffs auf eine Gleichsetzung höchst unterschiedlicher Herrschaftsformen, etwa jener Stalins und Hitlers, also auf das Stereotyp „rot gleich braun“ hinauslaufen, wäre dieser Begriff wissenschaftlich unbrauchbar. Aber neben Unterschieden gibt es eben auch Gemeinsamkeiten zwischen den genannten Regimen, Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Herrschaftsstrukturen und der Herrschaftsmethoden. Diese Gemeinsamkeiten heben die kommunistischen und faschistischen Diktaturen von autoritären Diktaturen mit weniger umfassendem Herrschaftsanspruch ab. Schon um diesen Unterschied nicht zu verwischen, ist ein differenzierter, ela-

stischer, für den historischen Wandel offener Gebrauch des Begriffs „totalitär“ sinnvoll.

Vernünftige Alternativen sind auch nicht erkennbar. Der gelegentlich zu hörende Vorschlag, doch besser von „moderner Diktatur“ zu sprechen, führt nicht weiter, sondern in die Irre. Er bescheinigt bestimmten Diktaturen eine Modernität, die einer kritischen Nachprüfung nicht standhält. Und was wären die Gegenbegriffe zu „moderne Diktatur“? Vormoderne oder postmoderne Diktatur etwa? Die Suche nach Ersatzbegriffen zu „totalitär“ hat bisher eher Verwirrung hervorgerufen als Klarheit gebracht.

Eine andere Gefahr ist meiner Ansicht nach noch größer. Ich möchte sie die nicht beabsichtigte sekundäre Apologie nennen. Würden wir aus Rücksicht auf Empfindlichkeiten in einem Teil der öffentlichen Meinung Ostdeutschlands den Begriff „totalitär“ tabuisieren, würden davon posthum nicht nur kommunistische, sondern auch faschistische Diktaturen, obenan die nationalsozialistische, profitieren. Mit der Entdramatisierung des Begriffs beginnt die Verharmlosung der historischen Wirklichkeit – bis hin zur Apologie. Ein kritischer Vergleich fördert immer Gemeinsamkeiten und Unterschiede zutage. Unkritisch wäre ein Vergleich, der die eine Diktatur zur Entlastung der anderen heranzieht. Das hat beim altbundesdeutschen Historikerstreit 1986 Ernst Nolte getan, als er den Holocaust aus dem Archipel GULag „abzuleiten“ versuchte. Aber es gibt auch die Apologie in der ideologischen Umkehrrichtung. Man kann die NS-Diktatur als Folie nehmen, um die DDR, mit Günter Grass' Romanhelden Theo Wuttke zu sprechen, als „kommode Diktatur“ erscheinen zu lassen. Bei dieser Art von Vergleich gerät die Berufung auf die deutsche Katastrophe, die Herrschaft des Nationalsozialismus, zum Vehikel politischer Entsensibilisierung: ein pathologischer Lernprozess.

Die Spaltung Deutschlands in zwei Geschichtskulturen ist ein Faktum, aber keines, mit dem wir uns abfinden müssen. Die Formel meines geschätzten Kollegen Hagen Schulze, es gelte, die unterschiedlichen Geschichtsbilder in Ost und West zur Kenntnis zu nehmen und zu tolerieren, diese Formel kann ich mir nicht zu eigen machen. Eine solche Harmonisierung von Gegensätzen, eine Art intellektueller Burgfriede, würde weder der Wissenschaft noch der Demokratie gut bekommen. Mit Blick auf das, was wir vom einstigen Geschichtsdeutungsmonopol der SED noch heute nachwirken sehen, sollte die Maxime gelten: Wir müssen diese Wirkungen ernstnehmen und uns mit ihnen auseinandersetzen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir haben hier schon zwei durchaus gegensätzliche Einschätzungen gehört und könnten eigentlich schon anfangen zu diskutieren. Aber wir haben noch weitere, die wir zunächst hören wollen. Herr Hans-Jürgen Fischbeck bitte.

Dr. Hans-Jürgen Fischbeck: Ich möchte mich bedanken für die Einladung und mir die Bemerkung nicht verkneifen, daß ich mir vor 10 Jahren überhaupt nicht habe träumen lassen, einmal in diesem Hause an dieser Stelle zu sitzen.

(Beifall)

Ich denke, das muß auch mal gesagt werden.

Ich möchte etwas aus meiner Erfahrung als Studienleiter an der Evangelischen Akademie in Mülheim sagen, und zwar etwas über die Muster von Orientierungsverlusten und Orientierungslosigkeit in Ost und West, die meines Erachtens ganz verschieden sind und auch ganz verschiedene Ursachen haben. Nach der Wende erschien, wie wahrscheinlich alle von Ihnen wissen, ein Buch – wie ein Meilenstein gewissermaßen – unter dem Titel „Das Ende der Geschichte“ von Francis Fukuyama. Das Fazit dieses Buches war: Jetzt, wo der Kalte Krieg zu Ende und der Staatssozialismus zusammengebrochen ist, ist Antwort gegeben auf die Fragen der Geschichte, und das Ende der Geschichte ist da. Da bedarf es eigentlich keiner weiteren Orientierungen mehr, denn das Ziel ist erreicht, und man braucht auch nicht weiter zu fragen. So ungefähr könnte man dieses Fazit zum Ausdruck bringen. Das war nun aber doch eine sehr vor-schnelle Einschätzung.

Es muß doch weiter nach Orientierung gefragt werden. Beispielsweise gibt es ein Kooperationsprogramm der Bertelsmann-Stiftung mit den evangelischen Akademien in Deutschland unter dem Titel „Geistige Orientierung, Schritte ins dritte Jahrtausend“. Wenn denn das Ende der Geschichte da wäre, brauchte man keine Schritte mehr zu tun. Aber ich glaube doch, daß alle spüren, daß es notwendig ist, nach Schritten zu fragen, und wenn man Schritte gehen will, muß man auch nach Orientierungen fragen. Und da zeigt sich zunächst einmal in Ost und West, glaube ich, Orientierungslosigkeit, allerdings gänzlich verschieden. Auf der einen Seite haben wir Orientierungsverlust im wesentlichen im Osten, und auf der anderen Seite haben wir postmodernen Relativismus im Westen. Das sind verschiedene Muster mit ganz verschiedenen geschichtlichen und kulturellen Hintergründen.

Im Osten, glaube ich, ist es ziemlich deutlich, worin der Orientierungsverlust besteht. Da spielt der Zusammenbruch der sozialistischen Ideologie schon eine Rolle. Wir haben heute vormittag Interessantes darüber gehört: Daß sie als solche eigentlich wenig akzeptiert wurde, aber dennoch ganz erstaunlich nachgewirkt hat. Das spiegelt sich darin wider, daß, wie wir gehört haben, 71 % der Menschen in Ostdeutschland sagen, daß der Kommunismus eine gute Idee war, aber nur schlecht verwirklicht wurde, und daß selbst im Westen eine große Zahl von Menschen vielleicht nicht vom Kommunismus so etwas sagen würde, aber vielleicht doch vom Sozialismus. Das sind beides Ismen, das sind beides Ideologien. Dennoch gibt es also eine Nachwirkung, und die Orientierung an solchen Paradigmen, will ich sie mal nennen, ist eben zusammengebrochen. Da hat sich gezeigt: Dieser Kommunismus und dieser Sozialismus waren nicht die Antwort der Geschichte. Und was denn nun? Dieser Orientie-

rungsverlust ist zweifellos da. Der Orientierungsverlust hat aber natürlich auch eine existenzielle Komponente, und die dürfte im wesentlichen darin bestehen, daß mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland nun so viele berufliche Biografien entwertet worden sind, so viel verloren gegangen ist von dem, was Menschen zunächst einmal gewesen sind in ihrem eigenen Selbstverständnis. Gerade die berufliche Orientierung spielte für die Menschen im Osten eine sehr große Rolle, eine noch größere vielleicht als im Westen. Dies ist nun zusammengebrochen, und Ratlosigkeit ist auch da die Folge. Denn Beruf und Sozialität waren weitgehend identisch. Beruf und Arbeitsstelle waren der Ort sozialer Kommunikation. Andere soziale Kommunikation über Familie und Verwandtschaft hinaus gab es kaum und war auch von der SED weitgehend zerstört worden. Das sind die beiden wesentlichen Momente des Orientierungsverlustes im Osten.

Im Westen hingegen ist, ohne daß ich es hier groß darlegen muß, in der Wohlstandsgesellschaft ein ständiger Trend zur Individualisierung entstanden, zur Entsolidarisierung. Die persönliche Freiheit wurde weitgehend verstanden als eine Freiheit von Bindungen, eine möglichst große Freiheit von Verpflichtungen, ohne daß eine Antwort gegeben werden mußte und auch danach gefragt wurde, wozu eigentlich Freiheit da ist. Die Erlebnisgesellschaft ist entstanden, Hedonismus, diese Schlagworte kennen Sie alle, die brauche ich nicht auszuführen. Damit einher ging eine Diversifizierung der geistigen Einstellungen. Damit verlor der geistige Ort der Menschen an Bedeutung. Er wurde jedenfalls relativiert. Für mich als Studienleiter ist das ganz besonders deutlich geworden, als ich für mich ziemlich überraschend auf einen Konsens stieß: Auf die Frage, was denn nun eigentlich richtig sei, wonach denn nun eigentlich zu fragen sei, wurde mir gesagt: Wahrheit, wie bitte? Wahrheit gibt es doch gar nicht! Es gibt nur Interessen. Wahrheit ist ideologieverdächtig. Das scheint mir, und so ist es mir entgegengekommen, ein gesellschaftlicher Konsens in der Wohlstandsgesellschaft zu sein. Ansichten interessieren nicht, man hört sich nicht zu, was zählt, sind die Interessen. Und die sollte man möglichst nach demokratisch geregelten, allgemein akzeptierten Verfahren austragen. Dafür haben wir ein sehr gutes Modell in der Bundesrepublik gefunden. Ebenso wie dieser Relativismus der geistigen Einstellungen ist es zu einem Relativismus der beruflichen Orientierungen gekommen, das wissen Sie alle. Statt Beruf sind wechselnde Jobs gefragt. Diese Anforderung der Mobilität und der Flexibilität ist ja schon viel früher an die Menschen im Westen herangetragen worden als im Osten. Und dann fragt man sich, was eigentlich als Lebensorientierung bleibt, und man kommt zu der Antwort, es bleibt nichts anderes, als möglichst mehr Geld zu verdienen. Das ist die Orientierung, die bei dieser Relativierung dann übrig bleibt.

Diese Prozesse werden von der Soziologie meistens als Modernisierungsprozesse beschrieben. Die Menschen im Osten stehen jetzt da als diejenigen, die vergleichsweise unmodern sind. Ist denn die Antwort nun, daß sie sozusagen eine nachholende Modernisierung zu leisten haben? Ja, das ist offenbar die Anforderung, die an sie gestellt wird. Aber das geschieht im gleichen Moment,

wo eben diese postmoderne westliche Gesellschaft spätestens seit 1992 zur Kenntnis nehmen muß, daß sie nicht nachhaltig und damit nicht zukunftsfähig ist. Nun kommen die Ossis und fragen: Was stimmt denn nun eigentlich? Diese Frage hat Frau Becher schon einmal gestellt, wenn auch mit einem anderen Akzent, und als eine typische Ostfrage in die Debatte geworfen. Ich denke, daß es doch viele Menschen im Osten gibt, die sie ernsthaft stellen ohne zu erwarten, daß ihnen die Antwort von anderen vorgegeben wird. Nein, sie fragen immer noch ernsthaft danach, während im Westen weiterhin nicht mehr ernsthaft danach gefragt wird, weil sie meinen, daß es die Wahrheit eigentlich gar nicht mehr gibt. Da meine ich, daß dieser Modernisierungsrückstand der Ossis vielleicht im Grunde genommen sogar ein geistiger Vorsprung sein kann, wenn denn ernsthaft nach Wahrheit gefragt wird.

Und wie sollte man es tun? Da gibt es die Antwort, die in der Frankfurter Schule gegeben worden ist, die Antwort, die die Diskurstheorie zur Wahrheit gegeben hat. Man muß im Gespräch, im Diskurs nach der Wahrheit fragen, denn dort könne sich der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ entfalten. Wenn es ihn denn gibt, wenn es denn wirklich bessere Argumente gibt, dann gibt es ja doch auch so etwas wie Wahrheit. Dann gibt es vielleicht doch so etwas, was die Menschen doch verbindet, was doch gemeinsam ist und nicht nur der Zerfall in die verschiedenen Interessen.

Die Frage, die meines Erachtens heute steht und die gestellt werden muß, ist die, ob denn der postmoderne Zerfall der Vernunft in lauter Interessenvernunft überwunden werden kann durch eine neue Vernunft, durch eine neue Vernunft der Nachhaltigkeit, eine Vernunft des Überlebens. Ich denke, das ist die Frage, vor der wir stehen in Ost und West. Da sind möglicherweise die Fragen, die die Ossis stellen, ganz wichtig, und ich könnte Beispiele dafür bringen, wie dies auch und gerade von solchen Menschen geschieht, die berufliche Perspektiven verloren haben, die arbeitslos geworden sind. Es gibt ein erhebliches Potential an Wissenschaftlern, die arbeitslos geworden sind, weil sie abgewickelt worden sind. Da, finde ich, sollten solche Projekte, wie sie von der Bertelsmann-Stiftung entwickelt worden sind, geistige Orientierungsschritte ins dritte Jahrtausend zu finden, viel stärker intensiviert und extensiviert werden, damit es zu einer Neugewinnung einer auch politischen Vernunft der Nachhaltigkeit kommt. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Fischbeck für Ihren Versuch, auch kritische Fragen an die westliche Lebensweise in dieser Konstellation zu stellen. Es folgt Herr Ulrich Schacht.

Ulrich Schacht: Also, ich danke zunächst natürlich auch für die Einladung, hier in diesem Haus zum Thema etwas sagen zu können. Ich teile die Gefühlslage von Herrn Fischbeck außerordentlich. Nicht zuletzt deshalb, weil es dieses Haus war, das meine Mutter irgendwann im Herbst 1973, natürlich beim Hinterausgang, versuchte zu betreten, um eine Eingabe abzugeben für mich,

der ich mich gerade zu einem längeren Studienaufenthalt in Brandenburg befand. Über das Ende dieses Aufenthaltes wurde natürlich nicht in diesem Haus entschieden, sondern da, wo im Prinzip vom Anfang der DDR bis zum Ende alles entschieden wurde, ohne daß alles am Ende gelang, was man noch gerne entschieden hätte, beim Staatssicherheitsdienst.

Herr Professor Faulenbach hat gesagt, das Jahr meiner Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland war das Jahr 1976. Ich konnte zu dem Zeitpunkt natürlich nicht ahnen, daß ich gar nicht in der Bundesrepublik Deutschland angekommen war, sondern in der Gesellschaft des westdeutschen Sonderbewußtseins. Diesen Unterschied haben wir heute auszutragen. Denn die Gesellschaft des westdeutschen Sonderbewußtseins hatte mit ihrer kurzen Vorgeschichte in den frühen 60er Jahren im Prinzip, Ausnahmen bestätigen die Regel, nichts mehr mit dem historischen Prozessergebnis vom Herbst 1989 zu tun. Sie hatte, was die alte westdeutsche Gesellschaft zwischen 1949 und 1969 vielleicht konstituierte als eine gesamtdeutsch orientierte, was sich in der Verfassung widerspiegelte und was im Verfassungsgerichtsurteil von 1973 zum Grundlagenvertrag einmal *expressis verbis* und überdeutlich, überverbindlich seinen Niederschlag gefunden hatte, sie hatte im Grunde genommen ihre eigene Verfassungsgrundlage am entscheidenden Punkt verlassen. Dies kann belegt werden. Hier ist nicht die Zeit dazu. Ich habe ein paar Überschriften aus Büchern jener Jahre, als ich in der Gesellschaft des westdeutschen Sonderbewußtseins ankam, mitgebracht, damit es nicht zu hypothetisch wird an dieser Stelle. Der historische Zufall will es, daß natürlich einige der Verfasser, die auch inzwischen gelernt haben, das will ich gar nicht bestreiten, im Saal sind, das macht die Sache reizvoll. 1976 bin ich angekommen und bin in die Partei eingetreten als engagierter Mensch, die für mich, was ich auch nicht ahnen konnte, im Begriff war, ihre eigenen deutschlandpolitischen Begrifflichkeiten zu vergessen. Ich ahnte auch nicht, daß die gesamte Gesellschaft dabei war, ihre eigenen deutschlandpolitischen und damit freiheitspolitischen Begrifflichkeiten unter neuen Begriffen zu fassen, und diese Begriffe hatten eine Konsequenz für die Wahrnehmung der deutschen Teilung, des Geteilteins der Deutschen und der beiden Staatsmodelle, die in diesem Zusammenhang angeblich oder tatsächlich entstanden waren. Diese beiden Modelle waren auf einmal nicht Fragmente für eine besserer Zukunft, sondern Modelle im Vorgriff auf das Ende der Geschichte, das hier eben angesprochen wurde. Die Gesellschaft von 1976 ist deshalb natürlich nicht ohne Voraussetzung so überrascht gewesen von den Ereignissen im Herbst 1989. Sie saß ja mit Spitzenvertretern noch in den Verhandlungszimmern, hier in diesem Teil Berlins. Als draußen schon das Regime zusammenkrachte, wurden hier noch Perspektiven entwickelt, sagen wir mal, die Perspektive einer chemiewaffenfreien Zone, wo es dabei in diesem Teil Deutschlands nur noch um eine SED-freie Zone ging, im wahrsten Sinne des Wortes. Dieser Wirklichkeitsverlust klingt heute, wenn man ihn zugespitzt formuliert, lustig, er ist aber eigentlich furchtbar traurig.

Das Schlimme in diesen Tagen, im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung, ist etwas ganz anderes. Es gibt einen immer intensiver werdenden ansteigen-

den Prozess des Rückgriffs auf von der Geschichte, 1989/90 längst falsifizier- te, also der Lüge, des Selbstbetrugs, des Irrtums überführte Begriffe der deut- schen Geschichte, der deutschen Teilung und der beiden deutschen Staaten, was sie gewesen sind und was sie nicht gewesen sind. Damit haben wir heute zu tun. Ob die Mehrheit der Menschen im allgemein defizitären politischen Rahmen damit zu tun hat, wage ich zu bezweifeln. Fast, müßte man sagen, ist die politische Krise insgesamt größer als die Krise, die moralische, die politi- sche, die sich mit der Rekonstruktion dieser Geschichte verbindet, denn ich glaube, daß gerade diese politische Grundkrisensituation die Chance überhaupt hat, daß man sich dann auf Perspektiven einigen kann, wie Fischbeck sie eben entworfen und entwickelt hat. Aber trotzdem, damit das vielleicht ein Stück weit gelingen kann, ist es natürlich ganz wichtig aus meiner Sicht und aus der Sicht anderer, glashart und ganz genau und detailreich zu rekonstruieren, wie es dazu kommen konnte, daß ohne gesellschaftliche historische Not eine deut- sche Zivilgesellschaft einen Begriff von einer realexistierenden Diktatur ent- wickeln konnte, der das gesamte Vorwissen bewußt aus taktischen Gründen, aus strategischen Gründen, illusionären Gründen verschüttete, nämlich ein Sys- tem, wie Ernst Richert es 1958 in seinem Buch beschrieben hat: „Macht ohne Mandat“, eine sehr nüchterne genaue Formel – wer das Buch sich aus der Bi- bliothek holt, wird erstaunt sein über die Präzision, über das empirische Unter- futter im Jahre 1958, ohne die aufgelöste Stasi und ihre Akten –, wie man von 1958, von der präzisen Erfassung der zweiten deutschen Diktatur in die 60er und 70er Jahre sich entwickeln konnte, und ich sage es nicht denunziatorisch, sondern zur Erinnerung, wie man kommen konnte zu einem Buch, zu einer Studie mit dem Titel „Modell DDR, die kalkulierte Emanzipation“. Wenn Sie das heute vorlesen, und das war einmal ein ernsthaft gemeinter Versuch gewe- sen, dann kriegen Sie Kabarettgelüste. Nur, der Preis, der Preis, den das geko- stet hat, ist der Preis der Wahrheit gewesen über eine Diktatur, die zu diesem Zeitpunkt, als diese Diktatur als Modell DDR einer kalkulierten Emanzipation beschrieben wurde, tausende Leute inhaftierte, politisch verfolgte und ihre ganzen, salopp gesprochen, ich bin auch Lyriker, Schweinereien, die sie cha- rakterisiert haben, sozusagen unter dem Deckmantel einer neuen großen Ge- meinschaftsideologie in diesem gespaltenen Europa verwirklichen durfte. Der Fortschritt bestand zweifelsohne, und der wurde ja auch für mich wirksam, in der intensivierten Freikaufstaktik für politische Häftlinge. Sie begann aber vor der Entspannungspolitik, auch das sollten wir wissen. Dazwischen, zwischen diesen beiden Büchern, Richerts, „Macht ohne Mandat“ und Thomas' „Modell DDR“, gab es sozusagen die anderen Bücher, die auch massenhaft unter die Menschheit geschleudert wurden. Ich nenne eins, das ein Mann geschrieben hat, der bis heute wirksam ist bei der Rekonstruktion falscher Begriffe und fal- scher Wahrnehmungsmodelle. Peter Bender veröffentlichte 1968 im Jahr des Niederschlagens des Prager Frühlings das Buch bei Fischer „Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR“. Ich wünschte mir, wir könnten in einem unendli- chen Dialog und Monolog Texte aus diesen Büchern lesen, Sie würden nicht glauben, was da drin steht und was Sie hören müssen.

Was ist passiert in dieser Zeit? Es ist in der Tat die unterschiedliche Gravur an den gesellschaftlichen Oberflächen beider Teile Deutschlands abgelaufen. Nur, glaube ich, muß man wichtigerweise unterscheiden. Die Anpassungstendenzen bei den Menschen in der DDR haben eine ganz andere Ursache, eine ganz andere Form von Legimitation, sie waren nämlich sozusagen Anpassungsvorgänge in einem quasi Gefängnis, während die Anpassungsvorgänge in der Bundesrepublik Deutschland, das sich ins historische Einverständnis Begeben mit der zweiten deutschen Diktatur, das fast perverse Finden von rationalen Argumenten für die Existenz dieser Diktatur, für die Teilung etwas ganz anderes sind. Das muß untersucht werden.

(Beifall)

Denn das ist ja nicht nur ein Geschichtsvorgang. Wenn es ein Geschichtsvorgang, wenn es ein abgeschlossener Vorgang wäre, dann könnten wir die Bücher im Zeughaus ausstellen und sagen, das ist möglich. Nein, diese Modelle, leicht modifiziert, tauchen ja nicht nur in der Tasche von Ulrich Schacht bei diesem Forum auf, sondern sie sind ja inzwischen in Teilen argumentativ Bestandteil von Urteilssprüchen der westdeutschen Justiz, wenn es um die Täter der zweiten deutschen Diktatur geht. Die ausdrücklich positivistische oder kritisch rationale Betrachtungsweise der Diktatur, wider alle Wirklichkeit, versteht sich, das ist heute das Grundmodell von unglaublich vielen Gerichtsurteilen. Die DDR hat existiert, und weil sie existiert hat, hat sie existiert. Das ist die tautologische Logik. Das kann man machen. Aber es ist natürlich unmoralisch. Fischbeck hat auch über diese Dinge gesprochen. Die Justiz, Teile der Justiz, nicht die Ankläger, schon gar nicht die Ermittler, rekonstruiert eine DDR, ich glaube, von der hat nicht einmal Honecker etwas gewußt. Aber er hat davon profitiert. Und das ist der gewaltige Rückschritt dieser westdeutschen Gesellschaft des Sonderbewußtseins. Sie hatte nämlich mal einen historischen Fortschritt erreicht bei der Beurteilung von Diktaturen in Deutschland. Wenn ich die ganze Radbruchdiskussion nehme, die ganze Naturrechtsdiskussion, warum es nie wieder in Deutschland so sein darf, daß sich irgendeiner darauf berufen darf, Unrecht ausgeübt zu haben auf der Grundlage von Gesetzen, all das ist heute gültig in diesem wiedervereinigten Deutschland. Darüber muß geredet werden. Das sind die Begriffe. Diese Damen und Herren aus der Justiz haben natürlich gar nicht oder kaum die Bücher, von denen ich hier rede, gelesen. Das ist gesellschaftlicher Geist geworden.

Und, meine Damen und Herren, ein letztes. Ist es nicht erschreckend, prüfen Sie doch mal, es ist ja gedruckt, prüfen Sie doch mal die Telefongespräche zwischen bundesdeutschen Politikern und den Freunden hier, dann wundern Sie sich über gar nichts mehr. Warum die Wahrnehmungsmuster so diametral entgegengesetzt waren, nicht nur, daß Sie den Eindruck haben, es gab technische Schwierigkeiten bei der Herstellung der Leitung, man muß so mehr als ein- bis zwölfmal nachfragen, sagen wir mal zwischen Schmidt und Honecker, selbst das klappte nicht so richtig. Aber dann, aber dann beginnt ein Dialog. Ja, da sitzen wir in der Hausbar oder in der Kneipe, und manchmal, wenn Sie an

Dialoge denken zwischen Oskar Lafontaine oder Egon Krenz, dann haben Sie das Gefühl, sie sitzen nicht nur an der Hausbar, sondern schon am Tresen. Ein bestimmtes Stadium ist schon erreicht. Es ist leider nicht lustig, sondern es sind Wahrnehmungsmodelle, die ja umgesetzt wurden, die ja Politik gemacht haben, die Politik bestimmt haben. Das kann ich nicht außen vor lassen, wenn wir über die Folgen von Wahrnehmungsmodellen sprechen. Die Renaissance der falschen, überführten Wahrnehmungsbegriffe der deutschen Teilung und der beiden deutschen Staaten ist das eigentliche Problem unserer heutigen Auseinandersetzung zum Thema.

Ein letztes Kurzes zu dem Thema. Mir ist eben noch am Tisch aufgefallen, wie das noch unsere Diskussion bis in diese Tage, sozusagen bis ins Detail bestimmt. Frau Simon hat darauf hingewiesen, daß man den Menschen in der DDR, der ehemaligen, und hier in Berlin besonders sozusagen Symbole ihrer Identität nimmt. Dazu soll das da zählen. Dieses gigantische unästhetische Ereignis hier drüben. Das ist überhaupt kein politischer Fall, dieser Kasten, das ist ein Fall von Schönheit und Häßlichkeit. Dazwischen muß entschieden werden.

(Beifall – gemeint ist der „Palast der Republik“)

Aber Sie haben ja recht an einem anderen Punkt, bloß glaube ich, es ist das falsche Beispiel. Wenn es um dieses Problem geht, was Sie beschreiben, dann greifen Sie an der Stelle doch mal ein Beispiel auf wie das: Dahinten im Spreebogen wird ein neues Kanzleramt gebaut. Als der Wettbewerb ausgeschrieben wurde, gab es ein Ergebnis. Zwei gleichwertige Entwürfe. Einer von einer linksrheinischen Architektenmafia und einer von jungen hochqualifizierten, aus Berlin, aus dem Osten stammenden Architekten. Wenn Sie beide Modelle nebeneinander sehen, wenn man etwas von Ästhetik und von Kultur und von all den Dingen ein Stück weit mit versteht, dann kann man sich gar nicht mehr entscheiden, weil das schon qua Modell entschieden ist. Aber es ist passiert.

Zwei erste Preise, und die Entscheidung für Schultes' Bau, wie er sich qualifizieren will. Nur eines, hinterher passiert folgendes, hinterher wird nicht nur geschwiegen über diese Entscheidung. Und das wäre doch ein Symbol gewesen, wenn das Regierungszentrum der neuen wiedervereinigten Republik von Menschen, jungen Leuten aus dem Osten gebaut worden wäre, als Architekten, das wäre doch ein unglaubliches Symbol gewesen. Nein, es wird nicht nur nicht gebaut, sondern es wird auch noch denunziert. Zum Beispiel vom Bundestagsabgeordneten Conradi in Interviews nach dem Motto: Wie kann man so bauen wie diese Leute. Dieses leichtfertige Bauen in den Formen und in Analogie zum Klassizismus. Das können alle anderen Staaten machen, das ist von Adolf Hitler mißbraucht worden, in diesem Stil kann hier nicht mehr gebaut werden. Wir müssen in Glas bauen, in rheinischem Glas. Das ist ein aktuelles Beispiel. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Als letzter Manfred Rexin. Bitte sehr, Herr Rexin.

Manfred Rexin: Zur Rolle der Medien in den Jahrzehnten der Teilung und in den Jahren der schwierigen Vereinigung wollte ich etwas sagen, aber unter dem Eindruck dessen, was eben vorgetragen wurde, möchte ich auf meinen vorbereiteten Text weitestgehend verzichten und stattdessen auf einen anderen Aspekt eingehen, der zur Klärung des Sachverhaltes und zur Klärung der Fronten beitragen mag. In jenem Jahr, als Sie aus diesem schrecklichen Gefängnis entlassen wurden, entstand ein Text, den ich vortragen möchte, zufälligerweise habe ich ihn mir mitgenommen, ein Text, veröffentlicht in einem Buch, das der Herr Sachverständige Professor Manfred Wilke zusammen mit dem aus der Tschechoslowakei stammenden Bürgerrechtler Jiri Pelikan 1977 bei Rowohlt veröffentlichte.

Der Text, ich verknappe das jetzt, lautete wie folgt: „Jäher, eruptiver Wandel in Osteuropa, revolutionärer Umsturz erscheint fast unmöglich angesichts der bewaffneten Macht, die den Herrschenden zu Gebote steht. Langsamer, stetiger evolutionärer Umbruch dagegen ist keineswegs ausgeschlossen – immerhin haben sich in den osteuropäischen Gesellschaften seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 bemerkenswerte Änderungen vollzogen, eine deutliche Verfeinerung der Herrschaftstechniken, die Abkehr von Terror, wie er in der stalinistischen Periode unverzichtbar erschien. Um das Bild aus der Meteorologie zu verwenden: schwere Unwetter, orkanähnliche Stürme führen in Osteuropa in der Regel dazu, daß der bewaffnete Katastrophenschutz neue Dämme aufschüttet, Schutzwälle erbaut, Türen und Fenster fester verrammelt. Zu wünschen ist diesen Gesellschaften ein langandauernder, stetiger Landregen, der nach und nach immer mehr Schlamm und Geröll der stalinistischen Periode wegspült [...] Die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition verfolgte Ziele, die öffentlich definiert worden waren – sie waren darauf ausgerichtet, den Frieden sicherer zu machen, die Last der deutschen Teilung zu mildern, besonders für jene, die am härtesten davon betroffen waren, also 'menschliche Erleichterungen' zu schaffen. Die Ostpolitik Bonns sollte der Gefahr einer außenpolitischen Isolierung von den eigenen Bündnispartnern vorbeugen, West-Berlin in seiner bedrängten vorgeschobenen Position sichern, die Chancen ökonomisch-technischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost und West fördern. Daneben aber bestand auch eine nur selten offen deklarierte Zielstellung, die nichtsdestoweniger für Ostpolitiker Bonns bestimmend war: das weltpolitische Klima so weit zu verändern, die internationalen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die auf Reform, auf gesellschaftlichen Wandel, auf Humanisierung und Demokratisierung der bestehenden Herrschaftssysteme in Ost und West drängenden Kräfte entfalten konnten [...] Man dürfe nicht vergessen, sagte Andrej Sacharow im März 1977, daß schließlich nur die Détente Voraussetzungen dafür geschaffen habe, wenigstens in geringem Umfang auf die Politik kommunistischer Länder einwirken zu können: 'Eine Abkehr von der Détente wäre ein Unglück!'"

Aus diesem Sacharow-Argument etwa habe ich mir 1982/83 die Haltung der neuen Bundesregierung Kohl/Genscher erklärt. Nun könnte man darüber meditieren, warum sich eine bestimmte Veränderung in den Medien der 70er Jahre, in den 60er Jahren beginnend, dann noch stärker in den 80er Jahren vollzogen hat. Als die Mauer fiel, als das Ende der DDR absehbar war, da haben sich etliche meiner Kollegen und ich im damaligen RIAS gefragt: Was haben wir in unseren Berichten über die DDR verkannt? Wieso sind wir nun auf einmal so überrascht, sie als ein wesentlich instabileres Herrschaftssystem zu erkennen, als wir vermutet hatten? Wo hatten wir uns getäuscht oder hatten wir uns täuschen lassen? Nicht nur wir. Herbst 1987, Honecker in der Bundesrepublik. Das galt weithin, rechts wie links, als eine Art Ratifikation der deutschen Teilung, als, um ein Wort des Schweizer Dramatikers Friedrich Dürrenmatt zu zitieren, „inszenierte Beerdigung der deutschen Wiedervereinigung“. Ich zitiere aus der Neuen Zürcher Zeitung.

Wir hatten in der Tat unsere Haltung zur DDR in den 60er Jahren überprüft, modifiziert und daraus Schlußfolgerungen für die Programme gezogen. Wir hatten versucht, folgenden Tatbeständen Rechnung zu tragen. Aus einem der Bücher, die Sie mitgebracht haben, wäre ein Text zu zitieren, der das noch einmal erläutert. Ich will ihn mit Blick auf die knappe Zeit nicht vollständig, sondern nur in Stichworten wiedergeben. Ich glaube, wir hatten erkannt, daß eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung nach wie vor in kritischer Distanz zur SED, zu ihrer Führung und zu deren Herrschaftsmethoden verharret, daß aber dieses ihr Nein zum Staate Walter Ulbrichts noch nicht automatisch ein Ja zur westlichen Gesellschaftsordnung bedeutete, so, wie sie sich damals in den 60er Jahren darstellte. Wir hatten zudem entdeckt, daß sich in der DDR ein spezifisches Leistungsbewußtsein entwickelt hatte unter den Menschen, Stolz auf das, was sie unter unendlichen Mühen gebaut und geleistet haben. Man hatte dieses Leistungsbewußtsein oft auch bei denen bemerken können, die angesichts ihrer sehr schmerzlichen Erfahrung ein tiefes Mißtrauen gegenüber den meisten politischen Repräsentanten der DDR hegten. Wir hatten bemerkt, daß es da das Empfinden einer besonderen Solidarität anderen DDR-Bürgern gegenüber gegeben hatte, daß sich herausbildete, daß die Leute sehr schnell von „wir hier“ und „ihr dort“ sprachen, daß sie es nicht gern hatten, wenn wir in der Bundesrepublik ihnen in der DDR in einer bestimmten Attitüde der Überheblichkeit begegneten.

Wir wußten, daß verallgemeinernde Urteile über die Brüder und Schwestern, von denen bundesdeutsche Politiker gern zu sprechen pflegten, als handle es sich um eine homogene Gruppe, als fragwürdig gelten mußten. Die Verhaltensweisen einer Millionenschar von Menschen waren höchst unterschiedlich. Sie entzogen sich den unbedarften Formeln von dafür und dagegen sein. Damals in diesem Text, den ich hier im einzelnen nicht vortragen wollte, habe ich darüber meditiert, ob man das Sozialbewußtsein der DDR-Bevölkerung nicht auf mindestens zwei Ebenen untersuchen müsse, in der Einstellung zum Regime und in der Beurteilung des Systems; Regime war die Führung von Partei und Staat im engeren Sinne, der Herrschaftsapparat, das Instrumentarium der

Machtsicherung, dagegen bedeutete System die sozial-ökonomische Grundstruktur der Gesellschaft, die Gestaltung von Eigentumsverhältnissen, sozialen Lebensbedingungen, „Sozialismus“. Wir hatten einige Vermutungen über die Mehrheiten und Minderheiten: In der Beurteilung des Regimes weithin ablehnend, das sozial-ökonomische System sehr differenziert bewertend.

Meine Damen und Herren, als heute morgen erwähnt wurde, daß es diese Untersuchungen gegeben hat, die Infratest anstellte, kam mir die Erinnerung an einen ersten Modellversuch, den Infas 1966 unternommen hatte. Das war ein Versuch im Auftrage des Senats von Berlin über eine Befragung von Passierscheinbenutzern, um das Stimmungsbild der Ostberliner zu erkunden. Der Pilotversuch vom Januar/Februar 1966 wurde damals abgebrochen und von diesem Institut nicht fortgesetzt, soweit ich weiß, weil es einige skeptische Fragen gab, ganz schlichte, einfache Fragen, nämlich erstens: Sagen die Ostberliner ihren westberliner Besuchern wirklich, was sie denken, oder meiden sie im Interesse familiärer Harmonie bei solchen Begegnungen kontroverse Themen oder gar Streitthemen? Zweitens: Verstehen die Westberliner das, was die Ostberliner ihnen sagen über eine doch ganz andersartige soziale und politische Wirklichkeit? Drittens: Sagen uns die Westberliner nach ihrer Rückkehr aus Ostberlin das, was sie gehört haben, oder sagen sie uns eher etwas, was sie gern gehört hätten, in der Erwartung, daß ein wohlmeinender und liebenswürdiger, sympathischer Zeitgenosse so eine Ansicht doch eigentlich vertreten sollte? Weil der Senat von Berlin, nach meiner Erinnerung, Zweifel hatte an der Methodik dieses Verfahrens, meinte er, er solle sie nicht weiter fortsetzen.

Ich habe die erwähnten Infratest-Untersuchungen leider nie zu Gesicht bekommen, weder in meiner Zeit beim ZDF noch beim RIAS, und das hat ja heute morgen die Referentin auch betont, daß sie strikt geheimgehalten wurden. Hätten wir sie gekannt, hätten wir zu der Zeit uns sehr interessiert erkundigt und darüber berichtet, wie das methodische Instrumentarium dieser Analysen gewesen ist.

Wären wir zu dem Ergebnis gekommen, sie sind absolut stichhaltig, hätte das Konsequenzen für unsere Programmgestaltung haben müssen, speziell bei den Sendern, die einen besonderen Sendeauftrag für die DDR hatten: Deutschlandfunk, RIAS, SFB oder Fernsehmagazine wie Kontraste, Kennzeichen D. Wir hätten dann nämlich zum Beispiel, ausgehend von der These, 90 % der DDR-Bevölkerung wollten das westliche Modell, auch sagen können: Na, wieso berichten wir so ausführlich über nicht-totalitäre freiheitliche demokratische Sozialismusvorstellungen in der übrigen Welt als Alternative zum stalinistisch geformten Sozialismus? Wir hätten sagen können, okay, das überlassen wir einigen späten Programmen für schlafgestörte Intellektuelle.

Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, wir hatten ein bestimmtes Bild entwickelt, mühsam genug auf Grund der unzureichenden Quellen, und glaubten auf Grund dieses Bildes ein bestimmtes Programmangebot machen zu sollen. Im Nachhinein so zu tun, als wäre diese Analyse völlig falsch gewesen, kann ich nicht akzeptieren.

Es ist sehr merkwürdig, das lassen Sie mich abschließend noch sagen, ich habe das, was ich 1969 zu Papier gebracht hatte über das von mir vermutete Meinungsbild in der DDR, 1989, zwanzig Jahre später, 1990, besser gesagt, unter dem Eindruck von vier Wahlgängen als weitgehend widerlegt betrachtet. Ich habe gedacht, ich hätte mich geirrt und überschätzt die Versuche der DDR-Bevölkerung oder eines Teils, wohlgermerkt eines Teils, sich mit irgendwelchen alternativen Sozialismusmodellen auseinanderzusetzen.

Fünf Jahre später war ich nicht mehr so ganz sicher, widerlegt zu sein. Denn ich stellte mir auf Grund der heute zum Teil vorgetragenen, durch EMNID-Umfragen und andere zu analysierende, noch zu untersuchende Ergebnisse natürlich die Frage: Was spielt hier in der heutigen Stimmungslage der neuen Bundesländer eine Rolle? Kommen da alte Prägungen wieder hoch? Oder ist das das Ergebnis einer zum Teil sehr schmerzlichen Erfahrung einer neuen Sozialordnung? Oder handelt es sich um eine Verbindung von beiden Prägungen – denen der 50er und 60er Jahre mit schmerzlichen Erfahrungen dessen, was man Vereinigungskrise nennen könnte?

Ich will nur noch einmal eines sagen, weil wir ja hier die Schlachten der Vergangenheit immer wieder ansprechen: Was wäre wohl die Alternative gewesen zu dem Versuch, die DDR erst einmal als eine böse Realität zu nehmen in der Hoffnung, sie verändern zu können? Was wäre die Alternative gewesen? Die Alternative wäre der Umbruch, der Umsturz, die Revolution, die große Krise gewesen. Und deshalb denke ich, sollte man, um diese Alternative in ihren Konsequenzen zu erwägen, noch abschließend ein Zitat einfügen, das Zitat eines deutschen Politikers 1988, der mit Blick auf die DDR 1953, Ungarn 1956, die Tschechoslowakei 1968 und Polen in den 70er und 80er Jahren folgendes geschrieben hat: „Wegen der damit verbundenen Gefahr lebensgefährlicher kriegerischer Verwicklungen konnten und können Volkserhebungen in den Staaten des Warschauer Paktes nicht unterstützt werden. Es hat deshalb keinen Sinn, die Notsituation dort so zu verschärfen, daß die Belastungen für die Menschen unerträglich werden und es zur Explosion kommt. Während der Westen auf den Bänken gesicherten Wohlstandes sich auf die Zuschauerrolle beschränkt, gibt es drüben Tote, Verwundete, massive Strafen und Verfolgungen. Ich jedenfalls konnte und kann auf Grund meines christlichen Gewissens eine solche Politik nicht hinnehmen oder gar fördern.“ Zitat aus Franz Josef Strauß: Erinnerungen, abgeschlossen 1988 – anderthalb Jahre vor dem Mauerfall, der den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums einleitete. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, wir wollen hier eigentlich über die Gegenwart und die Zukunft reden. Wir sind aber bei einer Diskussion über die Vergangenheit gelandet. Nun scheint mir das insofern verständlich zu sein, als wir von der Gegenwartsmächtigkeit der Vergangenheit in verschiedenen Hinsichten ausgehen können. Wir müßten al-